

Protokoll

über die öffentliche Sitzung

des Bürgerforums Kalkhügel, Wüste (27)

am Mittwoch, 10. Mai 2017

Dauer: 19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

Ort: Gemeindesaal der Melanchthon-Gemeinde, Bergerskamp 36

Teilnehmer/-innen

Sitzungsleitung: Ratsmitglied Herr Keite

von der Verwaltung: Herr Stadtrat Otte, Vorstand Städtebau, Umwelt, Ordnung
Herr Donnermeyer, Osnabrücker ServiceBetrieb / Leiter Verwaltung
Herr Rasche, Eigenbetrieb Immobilien- und Gebäudemanagement /
Leiter Fachdienst Hochbauten

von der Stadtwerke
Osnabrück AG: Frau Zimmermann, Leiterin Unternehmenskommunikation

von der Polizei-
inspektion Osnabrück Herr KHK Schmitz, Präventionsteam

Protokollführung: Frau Hoffmann, Referat Strategische Steuerung und Rat

Tagesordnung

TOP Betreff

- 1 Bericht aus der letzten Sitzung
- 2 Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte
 - a) Linienführung des Stadtteilbusses Berningshöhe
 - b) Aufstellen von Fitnessgeräten für Senioren
 - c) Zugang für den Johannisfriedhof vom oberen Teil der Gottlieb-Planck-Straße (in Höhe des Labyrinths)
 - d) Aktueller Planungsstand der Sporthalle Graf-Stauffenberg-Gymnasium / Bertha-von-Suttner-Realschule - Einbindung der Bürger (Lehrer, Schüler, Eltern, Sportvereine) - Überarbeitung des Vorentwurfs unter Berücksichtigung bereits bekannter Anforderungen - Terminliche Abläufe / Fertigstellungstermin
 - e) Fehlender Poller an der Zufahrt in den Schlossgarten von der Hans-Böckler-Straße und somit ungehinderte Zufahrt in den Schlossgarten
 - f) Bebauungsplan Nr. 492 - General-Martini-Kaserne:
 1. Aktueller Stand des Bebauungsplans und der damit verbundenen Parksituation
 2. Ergebnis der durch die Verwaltung durchgeführten Verkehrserhebung
 3. Stand des Konzeptentwurfs für das 1. Quartal 2017
 - g) Baum- und Strauchrückschnitte (Abholzung) bis Ende Februar 2017 (z. B. Grünstreifen östlich Brinkstraße, Kinderspielplatz Lissy-Rieke-Straße)
- 3 Stadtentwicklung im Dialog
 - a) Wohnungseinbrüche - Sind Sie in Ihrem Stadtteil noch sicher?
- 4 Anregungen und Wünsche (aus der Sitzung)
 - a) Abschaffung der Sondernutzungsgebühren für Straßenfeste
 - b) Straßenreinigung Irmgard-Kestner-Straße
 - c) Parkprobleme in der vorderen Wüste und an anderen Straßen
 - d) Parkprobleme Kurze Straße
 - e) Aufstellen von Pollern zur Verhinderung des Befahrens der Bürgersteige durch Kfz
 - f) Fahrraddurchfahrt von der Heinrichstraße zur Martinistraße in Höhe Arndtplatz
 - g) Bergerskamp und Brinkstraße - Missachtung Tempo 30
 - h) Behindertenparkplätze

Herr Keite begrüßt ca. 60 Bürgerinnen und Bürger sowie die weiteren anwesenden Ratsmitglieder - Frau Hambürger dos Reis, Herrn Hus, Frau Kamp, Frau Neumann - und stellt die Verwaltungsvertreter vor.

Im Sitzungsraum liegen die Flyer „Neues Leben zwischen alten Gräbern“ aus mit dem diesjährigen Programm der Kulturveranstaltungen auf den historischen Friedhöfen (Johannfriedhof und Hasefriedhof) in Osnabrück. Weitere Informationen gibt es unter www.hasefriedhof-johannfriedhof.de.

1. Bericht aus der letzten Sitzung (TOP 1)

Herr Keite verliest den Bericht aus der letzten Sitzung am 02.11.2016 mit den Stellungnahmen der Fachdienststellen zu den Anfragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger (siehe Anlage). Der Bericht wurde vor Sitzungsbeginn für die Besucher ausgelegt.

Zu TOP 1b „**Sanierung der Elisabeth-Siegel-Schule/Abendgymnasium**“ berichtet Herr Rasche, dass nach dem Ratsbeschluss im Frühjahr 2017 die Planungen begonnen haben. Ab Herbst diesen Jahres beginnt die Sanierung. Sie wird in zwei Bauabschnitten durchgeführt, zuerst das Abendgymnasium, dann die Elisabeth-Siegel-Schule. Das Abendgymnasium Sophie Scholl soll im Sommer in die ehemalige Käthe-Kollwitz-Schule umziehen. Zu den Sommerferien 2019 soll das Bauprojekt fertiggestellt sein.

Der Tagesordnungspunkt 3a wird in der Beratungsfolge vorgezogen.

2. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 3)

3 a) Wohnungseinbrüche - Sind Sie in Ihrem Stadtteil noch sicher?

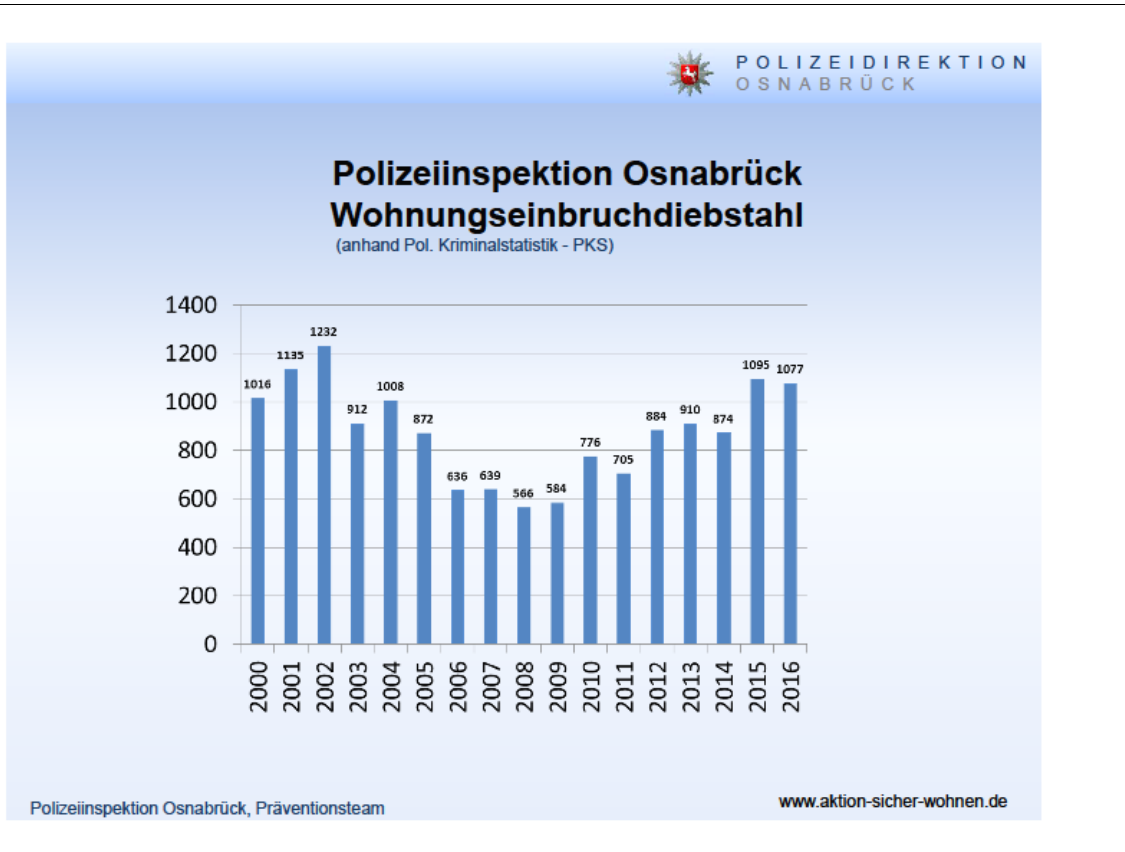
Herr KHK Schmitz vom Präventionsteam der Polizeiinspektion Osnabrück informiert anhand einer Präsentation zum Thema Wohnungseinbrüche und stellt die Zahlen für die Stadtteile vor (siehe u. a. Folien). Auf Nachfrage berichtet Herr Schmitz, dass die Aufklärungsquote bei ca. 15 % liegt. Ursache seien die geringen Spuren, die die Täter hinterlassen würden. Umso wichtiger sei die Aufmerksamkeit der Nachbarn.

Wichtig für die Polizei sei insbesondere die Zahl der abgebrochenen Einbruchsversuche - hier sei zum einen die Sicherung der Wohnung bedeutsam wie auch die Aufmerksamkeit der Nachbarschaft.

Herr Schmitz appelliert an die Anwohner, sich nicht zu scheuen, die 110 zu wählen, wenn sie verdächtige Situationen, Personen oder Kfz beobachten. Die Polizei sei auf solche Hinweise angewiesen.

Am Samstag, 28./Sonntag, 29. Oktober 2017, findet in den Räumlichkeiten der Sparkasse Osnabrück eine Einbruchschutzmesse statt, in der sich Interessierte rund um das Thema Einbruchschutz informieren können.

Im Sitzungsraum sind verschiedene Flyer zu dem Thema ausgelegt.



 POLIZEIDIREKTION
OSNABRÜCK

Stadtteil Kalkhügel/Wüste Wohnungseinbruchdiebstahl

2016:
Kalkhügel: 14 Taten, davon 7 Versuche
Wüste: 39 Taten, davon 16 Versuche

Gesamtanteil bezogen auf das Stadtgebiet:
Kalkhügel 3,2 %
Wüste 9,0 %

Vergleich:
Bevölkerungsanteil:
Kalkhügel: 4,0 %
Wüste: 9,2 %



Polizeiinspektion Osnabrück, Präventionsteam www.aktion-sicher-wohnen.de

 POLIZEIDIREKTION
OSNABRÜCK



MEHR SICHERHEIT
FÜR DEINE WOHNGEGEND!

LIEBER EINMAL MEHR:
110

POLIZEIINSPEKTION
OSNABRÜCK

www.aktion-sicher-wohnen.de www.k-einbruch.de

Polizeiinspektion Osnabrück, Präventionsteam www.aktion-sicher-wohnen.de



POLIZEIDIREKTION
OSNABRÜCK

Erreichbarkeiten:

Polizeistation Sutthausen:

Tel: 0541/597484

Einsatz- und Streifendienst II (Wache Kollegienwall):

Tel.: 0541/327-2115

Notruf: 110

Polizeiinspektion Osnabrück, Präventionsteam

www.aktion-sicher-wohnen.de



POLIZEIDIREKTION
OSNABRÜCK

Informationen Einbruchschutz:

www.aktion-sicher-wohnen.de

AKTION SICHER WOHNEN

Aktion Sicher Wohnen

Aktion Sicher Wohnen ist ein Projekt der Polizeiinspektion Osnabrück, das die Sicherheit im eigenen Zuhause durch Einbruchschutzmaßnahmen erhöhen soll.

Aktion Sicher Wohnen

Wann und wo? In allen Wohngebieten der Stadt Osnabrück.

Wann? In der Regel zwischen Oktober und März.

Wo? In allen Wohngebieten der Stadt Osnabrück.

Polizeiinspektion Osnabrück, Präventionsteam

www.aktion-sicher-wohnen.de

3. Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte (TOP 2)

2 a) Linienführung des Stadtteilbusses Berningshöhe

Das "Osnabrücker Wohnprojekt für Gemeinschaftliches Wohnen - Wohnen & Mehr", vertreten durch Frau Dethlefsen, Frau Resag und Frau Wolf, setzt sich dafür ein, die Linienführung des Stadtteilbusses über die Anna-Gastvogel-Straße zu erweitern.

Herr Keite trägt die *Stellungnahme der Stadtwerke Osnabrück / PlaNOS (Planungsgesellschaft Nahverkehr)* vor: Diese Stellungnahme entspricht inhaltlich derjenigen für den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt am 16.02.2017.¹ Somit kann erneut bestätigt werden, dass der Ansatz der Anwohner gut gedacht ist, dem Stadtteilbus Berningshöhe mehr Fahrgäste zu verschaffen: Richtig ist nämlich in der Tat, dass der Stadtteilbus nicht gut gefüllt ist.

Die Sachlage stellt sich allerdings folgendermaßen dar: Die Stadtteilbus-Linie hat an ihren beiden Linienden 4 bzw. 5 Minuten Standzeit. Eine geringere Standzeit am Liniende wäre betrieblich nicht machbar. Somit verursacht jede Verlängerung der Linie den Einsatz eines weiteren Fahrzeugs. Der bestehende 30-Minuten-Takt wird mit 1 Bus gefahren. Ein weiterer Bus würde also quasi zu einer Verdoppelung der Kosten führen.

Davon dass diese dann etwa doppelt so hohen Kosten durch zusätzliche Fahrgäste aus dem Bereich Anna-Gastvogel-Straße aufgefangen würden, kann sicherlich nicht ausgegangen werden. Das heißt im Endeffekt, dass die Verlängerung der Linie nicht zu einer besseren Wirtschaftlichkeit führt, sondern leider das Gegenteil bewirkt.

Im Übrigen war der Stadtteilbus genau aus dem gleichen Grund geschaffen worden, wie er jetzt vom Wohnprojekt genannt wird, nämlich um die Berningshöhe mit der Iburger Straße, dem Rosenplatz und dem Salzmarkt zu verbinden. Aber die vorhandene Nutzung verdeutlicht eben doch nur eine für eine Buslinie grenzwertige Größenordnung.

Zur weiteren vorhandenen Buslinie 51 bestehen mit den Haltestellen Berningshöhe, Bergerskamp (nur stadtauswärts), Hauswörmannsweg und Ziegenbrink dagegen relativ gut erreichbare Möglichkeiten, mit dem Bus in die Stadt zu gelangen. Von der Anna-Gastvogel-Straße 13 sind es z. B. unter 400 Meter Fußweg bis zur nächstgelegenen Haltestelle Ziegenbrink (nicht Luftlinie, sondern tatsächlicher Weg).

Um die Bereiche Iburger Straße, Rosenplatz oder Salzmarkt zu erreichen, ist es zudem denkbar, mit der Linie 51 bis zur Haltestelle Johannisfriedhof zu fahren, von dort zur Haltestelle Lutherkirche zu gehen (ca. 220 Meter Fußweg) und dort mit einer der Linien auf der Iburger Straße weiterzufahren. Möglichkeiten sind also durchaus vorhanden.

Und insbesondere für den Rückweg aus der Stadt, also bergauf, ist diese Variante durchaus interessant. Um einen Fußweg bergauf vollends zu vermeiden, ist es auf dem Rückweg zudem zu empfehlen, bis zur Haltestelle Hauswörmannsweg weiterzufahren. Der Fußweg zur Anna-Gastvogel-Straße ist dann mit etwa 420 Meter etwas länger, aber ohne Steigung.

Die Antragstellerin berichtet, dass ein weiterer Vorschlag bei den Stadtwerken eingereicht wurde und zwar eine Zusammenlegung mit der E-Buslinie 94 (Neumarkt-Hauptbahnhof-Neumarkt - über Marienhospital), so dass dieser Bus dann eine „8“ fahren könnte.

¹ siehe TOP Ö 6.3 der Sitzung; die Sitzungsunterlagen sind einsehbar im Ratsinformationssystem der Stadt Osnabrück unter www.osnabrueck.de/ris

Anmerkung zum Protokoll: Die Stadtwerke Osnabrück danken für die intensive Beschäftigung mit dem Thema und die Anregung, die Stadtteillinie mit der Linie 94 zu verbinden.

Allerdings ist auch diese Idee nicht so einfach umsetzbar, wie es vielleicht scheint. Zunächst müsste die Linie 94 von einem 20-Minuten-Takt auf einen 30-Minuten-Takt umgestellt werden. Angesichts der Fahrgastzahlen auf der Linie 94 sicherlich möglich - aber die dann reduzierte Anbindung des Marienhospitals ist noch auf Umsetzbarkeit zu prüfen.

Würde die Linie 94 nur noch alle 30 Minuten fahren, wäre eine Verbindung mit der Stadtteillinie von den Fahrzeiten her durchaus möglich. Allerdings hat die Linie 94 aufgrund des Einsatzes des vorhandenen Elektrobusses eine geringere Betriebszeit als die Stadtteillinie. Die Betriebszeit und die Fahrstrecke des Elektrobusses sind begrenzt durch seine Batterie-Kapazität. Eine Verlängerung ist nach aktuellem Kenntnisstand kaum machbar.

Hinzu kommt, dass dann in dem sensiblen Bereich zwischen Johanniskirche und Marienhospital regelmäßig ein Bus mit Verbrennungsmotor fahren würde. Dieses kommt derzeit zwar auch vor, aber nur zeitlich begrenzt in dem Falle, dass der Elektrobuss ausfällt.

Die Stadtwerke werden diesen Vorschlag noch genauer prüfen.

2 b) Aufstellen von Fitnessgeräten für Senioren

Das "Osnabrücker Wohnprojekt für Gemeinschaftliches Wohnen - Wohnen & Mehr", vertreten durch Frau Dethlefsen, Frau Resag und Frau Wolf, regt an, Fitnessgeräte für Senioren aufzustellen, z. B. auf der Grünfläche vor dem Malteser-Gebäude.

Herr Keite trägt die *Stellungnahme der Verwaltung* vor: Mit dem Gesamtstädtischen Spielplatzkonzept 2009² hat die Stadt Osnabrück sich verpflichtet, ebenfalls sogenannte Mehrgenerationenspielflächen auszubauen. Hier soll eine Vielzahl von Aktionsangeboten für alle Altersgruppen angeboten werden. Gemäß Konzept und insbesondere in Bezug auf ein Kosten-Nutzenverhältnis in Verbindung mit den Belangen der Verkehrssicherungspflicht sollen Mehrgenerationengeräte in Verbindung mit den Großspielflächen oder nach Prüfung in Verbindung mit Quartiers- und Themenspielflächen angeboten werden.

Ein Ausbau von Mehrgenerationengeräten im Bereich Berningshöhe ist daher nicht geplant. Im Sinne eines nachbarschaftlichen Miteinanders und Austauschs ist die Mitnutzung von Sitzmöglichkeiten im Bereich der vorhandenen Spielflächen durch die ältere Generation aber ausdrücklich gewünscht.

Herr Otte erläutert, dass für das Spielplatzkonzept sämtliche Spiel- und Bolzflächen im gesamten Stadtgebiet untersucht wurden und das Konzept intensiv diskutiert wurde. Das Konzept beinhaltet die Planung für etwa zehn Jahre und mehrere Projekte müssten noch umgesetzt werden. Dann werde man überlegen, in welcher Art und Weise das Konzept fortgeschrieben werde.

Die Antragstellerin erläutert, dass vom „Osnabrücker Wohnprojekt“ zur heutigen Sitzung drei Anträge eingereicht wurden, um die Infrastruktur der Berningshöhe zu verbessern (siehe TOP 2a und TOP 2c). Beim Abbau der Kinderspielflächen im Bereich Kalkhügel hätte man zumindest die Sitzbänke auf den Grünflächen stehen lassen sollen bzw. regt sie an, auf diesen Flächen neue Sitzbänke aufzustellen. Es sei wichtig, solche Möglichkeiten zur Kommunikation zu schaffen. Die Kinderspielflächen seien für ältere Mitbürger dafür nicht unbedingt die erste Anlaufstelle.

Ein Bürger hält es für gut, die Kommunikation zu fördern. Dafür könne man sicherlich die vorhandenen Sitzbänke an den Spielflächen nutzen. Er gibt zu bedenken, dass die gewünschten Fitnessgeräte bereits vorhanden seien, und zwar in den Sportvereinen. Die Kosten für zusätzliche Geräte und die dafür erforderliche Unterhaltung sollten besser in die Aus-

² vorgestellt in allen Osnabrücker Bürgerforen; im Bürgerforum Kalkhügel, Wüste am 12.05.2010

stattung der Kinderspielplätze investiert werden. Daher regt er an, dass Interessierte die Angebote der Sportvereine vor Ort nutzen sollten.

Eine Bürgerin führt aus, dass es Kombigeräte für unterschiedliche Übungen gebe, die von Alt und Jung gleichzeitig genutzt werden können.

Herr Keite fragt die Anwesenden, wer daran Interesse habe, woraufhin sich mehrere Besucher melden.

Eine weitere Bürgerin berichtet, dass der Quartiersspielplatz Willy-Brandt-Platz auch von Studenten gerne genutzt werde.

2 c) Zugang für den Johannisfriedhof vom oberen Teil der Gottlieb-Planck-Straße (in Höhe des Labyrinths)

Das "Osnabrücker Wohnprojekt für Gemeinschaftliches Wohnen - Wohnen & Mehr", vertreten durch Frau Dethlefsen, Frau Resag und Frau Wolf, bittet darum, zum südlichen oberen Teil des Johannisfriedhofs einen weiteren Zugang zu schaffen und zwar am oberen Teil der Gottlieb-Planck-Straße.

Herr Keite trägt die *Stellungnahme des Osnabrücker Servicebetriebes (OSB)* vor: Die gestellte Frage wurde im Rahmen des Forschungsprojekts "Erarbeitung und modellhafte Umsetzung eines innovativen Pflegekonzepts zur nachhaltigen Bewahrung des Hasefriedhofs und Johannisfriedhofs in Osnabrück unter Berücksichtigung von Naturschutz und Denkmalpflege" (2010-2014, gefördert von der Deutschen Bundesumweltstiftung) bearbeitet. Dabei wurde bei einer Ortsbegehung mit dem Fachdienst Bauordnung und Denkmalpflege und dem Fachbeirat des Projekts das Für und Wider eines neuen, zusätzlichen Eingangs in die 5. Abteilung des Johannisfriedhofs abgewogen. Aktuell ist diese Abteilung nur aus der 4. Abteilung zu erreichen, da der vorhandene Wirtschaftszugang vom Hauswörmannsweg aus im Regelfall abgeschlossen ist. Ein Zugang würde eine Nutzung des Friedhofs als Wegealternativen im Grünen zur Gottlieb-Planck-Straße ermöglichen, ebenso wie eine vereinfachte Nutzung als Park mit Friedhofscharakter, also als ruhige Grünfläche für Anwohner, Berufstätige z. B. des Gewerbeaufsichtsamtes und Schülerinnen und Schüler der benachbarten Schulen. Vielleicht könnten weitere Klassen Aktivitäten auf dem Friedhof durchführen. Durch die verstärkte Nutzung würde der Friedhof eventuell weitere Nutzende anlocken, die durch die aktuell abgeschlossene Lage eher abgeschreckt werden. Die erhöhte soziale Kontrolle würde die - seltenen - Fälle von Vandalismus noch stärker verhindern.

Gegen die Schaffung eines neuen Zugangs spricht, dass die 5. Abteilung dann voraussichtlich viel von ihrem sehr ruhigen, fast ein wenig verwunschenen, Charakter verlieren würde. Es spricht viel dafür, dass dann viele Schülerinnen und Schüler den Friedhof als Wegeverbindung nutzen würden, so wie es aktuell schon der Fall ist für die Wegebeziehung Magdalenenstraße / Iburger Straße, für die viele aktuell den Friedhof queren, über die 3., 2. und 1. Abteilung zum Ausgang Iburger Straße. Dabei bleibt leider immer wieder Abfall achtlos auf dem Friedhof liegen und die Verbindung wird nur zum schnellen Durchschreiten genutzt, weniger zum ruhigen Verweilen. Dies würde gerade die meditative Stimmung in der abgeschlossenen 5. Abteilung stören, die zudem besonders am Johannislabyrinth durch Gruppen Trauernder des Hospizes ein bis zwei Mal im Monat genutzt wird.

Diese Abwägung wurde im DBU-Projekt zugunsten der kontemplativen Stimmung eines von Mauern gänzlich gefassten Raumes getroffen, der aktuell von Trauernden zur stillen Erholung genutzt wird. Die Friedhofsverwaltung steht gerne zur Verfügung, um einen gemeinsamen Ortstermin mit Interessierten und dem Fachdienst Bauordnung und Denkmalpflege zu organisieren, bei dem evtl. auch das Graf-Stauffenberg-Gymnasium einbezogen werden könnte. Hier könnte in die Abwägung einbezogen werden, inwieweit Anwohner des oberhalb gelegenen Wohngebietes z. B. bereit wären, sich einzubringen.

Eine Bürgerin berichtet, dass diese Anfrage mehrmals im Förderkreis Hasefriedhof-Johannisfriedhof vorgeschlagen wurde. Sie habe den Verein Osnabrücker Hospiz angesprochen. Auch von dort aus werde der Vorschlag kritisch gesehen. Man befürchte, dass Personen dort eher schnell hindurchlaufen. Das Labyrinth zeichne sich aus durch die ruhige Atmosphäre. Dort würden z. B. Personen ihre Tai-Chi-Übungen ausführen. Es sei zu erwarten, dass ein neuer Eingang an dieser Stelle von Personen nur als Abkürzung genutzt werde, obwohl der nächste Eingang kaum 5 Minuten entfernt sei.

Herr Donnermeyer bestätigt, dass der Osnabrücker ServiceBetrieb diese Sichtweise teile. Gerade mitten im Stadtgebiet seien ruhige Orte zum Innehalten wichtig.

Eine Bürgerin erläutert, dass es sich um ein beeindruckendes Projekt der Hochschule Osnabrück handele, zu dem sogar Besucher aus anderen Städten anreisen würden.

Ein Bürger hält es für nicht wahrscheinlich, dass Schüler einen Zugang an dieser Stelle als Verkürzung des Schulweges nutzen würden. Er führt aus, dass ein weiterer Zugang am Hauswörmannsweg in der Nähe der Servicezufahrt der Gärtner sinnvoll sei. Dann könne man in südlicher Richtung länger auf dem Friedhofsgelände gehen statt direkt neben der Straße laufen zu müssen.

Die Antragstellerin betont, dass der gewünschte Zugang nicht als Abkürzung des Weges gedacht sei, sondern als ein bequemerer Zugang zum Friedhofsgelände. Ein weiterer Zugang am Wirtschaftstor wäre auch geeignet. Für gehbehinderte Personen seien längere Wege beschwerlich.

2 d) Aktueller Planungsstand der Sporthalle Graf-Stauffenberg-Gymnasium / Berthavon-Suttner-Realschule - Einbindung der Bürger (Lehrer, Schüler, Eltern, Sportvereine) - Überarbeitung des Vorentwurfs unter Berücksichtigung bereits bekannter Anforderungen - Terminliche Abläufe / Fertigstellungstermin

Herr Lenzen bittet um einen aktuellen Sachstandsbericht und spricht mehrere Punkte an:

- keine durchsichtige Glasfront zur Seite der Gottlieb-Planck-Straße
- dringender Bedarf an möglichst überdachten Abstellplätzen für Fahrräder
- Umsetzung Seminarraum
- Umsetzung Multifunktionsraum
- Schallschutz der drei einzelnen Hallenteile
- ausreichende Anzahl von Duschen
- Berücksichtigung der Anforderung der Vereine

Stellungnahme der Verwaltung: Der Vorentwurf wurde den Vertretern der Schulen und den Elternvorständen in einem gemeinsamen Termin am 5. April 2017 vorgestellt.

Grundlage des Ratsbeschlusses war ein mit der Schule abgestimmtes Raumprogramm zur Errichtung einer DIN-gerechten Dreifeldhalle. Der vorgestellte Vorentwurf deckt dieses Raumprogramm ab.

Zusätzlich wird eine Tribüne und ein Seminarraum (ca. 30 qm) realisiert.

Ein Multifunktionsraum ist nicht Bestandteil des Raumprogramms und war auch nicht Gegenstand der Diskussionen Anfang April.

Im Rahmen dieses Termins erfolgte eine Vielzahl von Anregungen und Hinweisen, wie die Umkleidebereiche und die Notwendigkeit von Fahrradabstellplätzen. Zwischenzeitlich wurde die Planung in Teilbereichen überarbeitet. Selbstverständlich werden entsprechend der DIN Duschen errichtet. Auch die Thematik Schallschutz wird wie in anderen neugebauten städtischen Sporthallen gelöst. Der bauliche Schallschutz wird entsprechend der Vorgaben eines Gutachtens berücksichtigt.

Hinsichtlich der Fassadengestaltung der Sporthalle zur Gottlieb-Planck-Straße (Blend- und Blickschutz) wurde bereits in der Aprilsitzung zugesagt, Alternativen zu einer vollständig durchsichtigen Glasfront zu prüfen.

Die weiteren Schritte werden in den Planungsbesprechungen mit den Schulen erörtert.

In terminlicher Hinsicht entspricht der Planungsstand dem bisherigen Zeitplan. Vorgesehen ist ein Baubeginn im Frühjahr 2018 und eine Fertigstellung im Herbst 2019.

Herr Rasche erläutert anhand einer Präsentation die Planung für die neue 3-Feld-Sporthalle und erläutert die Stellungnahme der Verwaltung zu den Anfragen des Antragstellers.

In der nachfolgenden ausführlichen, angeregten und kontroversen Diskussion werden von den Besuchern einige Kritikpunkte bzw. Verbesserungsvorschläge thematisiert, insbesondere die Glasfront der Sporthalle in Richtung Gottlieb-Planck-Straße, die Anzahl der Duschen im Gebäude sowie die Überdachung von Radabstellanlagen.

Herr Keite fragt die anwesenden Schülerinnen und Schüler nach ihrer Meinung zur geplanten Sporthalle.

Ein Schüler befürwortet den Entwurf, der auch in der Schule bereits besprochen wurde. Für Fahrräder gab es bisher einen Fahrradkeller, daher würden überdachte Radabstellanlagen gewünscht. Weiterhin würden mehr Duschen gewünscht.

Herr Otte führt aus, dass die Radabstellanlagen nun an mehreren Stellen auf dem Schulgelände eingerichtet werden.

Herr Otte erläutert weiterhin, dass man sich bei der Anzahl der Duschen zum einen an der DIN-Norm orientiert habe. Zum anderen lege man die Erfahrungen aus anderen, neu errichteten Sporthallen sowie die Erfahrungsberichte der Schulverwaltung zugrunde. Ein weiterer Aspekt sei die relativ kostenaufwändige Sicherung der Hygienevorschriften. Duschen müssten regelmäßig in Betrieb sein, um ein Aufkommen an Legionellen zu vermeiden. Aus diesen Gründen sehe man davon ab, mehr Duschen zu installieren, als benötigt würden.

Herr Große Ophoff hält den Entwurf aus Sicht der Schüler / Eltern optisch für gelungen. Er skizziert drei Punkte, die als problematisch gesehen werden:

- Die Anzahl der Duschen sei zu gering. Die jetzige geringe Nutzung der Anlagen sei auf den schlechten Zustand zurückzuführen. Die Vereine würden die Anlagen nachmittags regelmäßig nutzen.
- Durch die offene Fassade mit der Verglasung könnten Personen von draußen in das Gebäude hineinschauen. Die Schülerinnen - auch mit Migrationshintergrund - könnten dies als unangenehm empfinden. Am frühen Vormittag würde die Sonne hineinscheinen und blenden. Lt. Aussage der Verwaltung könnten die Glasscheiben bedruckt werden, aber es werde für eine geschlossene Wand plädiert - außer im Bereich, in dem sich der Aufzug befindet. Die Kosten für einen Prallschutz der Fenster würden sicher im 6stelligen Euro-Bereich liegen. Optisch sei diese Fassade ansprechend, aber die Nutzer möchten sie so nicht haben.
- Die ca. 300 Radabstellplätze befanden sich bisher in einem Fahrradkeller. Bei Radabstellanlagen in Richtung der Straße werde Diebstahl und Vandalismus befürchtet.

Herr Große Ophoff plädiert an den Rat der Stadt, grundsätzlich einfache Dachkonstruktionen in den Planungen für Schulen und Sporthallen vorzusehen, da diese Gebäudeteile nicht sichtbar seien. Weiterhin plädiert er dafür, die Kosten für eine Glasfront einzusparen und stattdessen Überdachungen für die Radabstellplätze zu schaffen.

Herr Otte stellt klar, dass man alte und neue Gegebenheiten nicht vergleichen könne. Daher vergleiche die Verwaltung die Planung für diese Sporthalle mit den anderen neu errichteten Sporthallen im Stadtgebiet. Aus Sicht der Verwaltung sei die Anzahl der Duschen angemessen. Auch in der sanierten Schlosswallhalle mit einer üblichen Anzahl an Duschen seien viele Vereine aktiv. Die Offenheit des Entwurfs mit den Glasflächen sei das entscheidende Kriterium für die Auswahl gewesen. Die Sonneneinstrahlung und der Durchblick der Glasfront ließen sich durch einfache Maßnahmen, wie das Aufbringen von Folien, vermeiden. Diese

offene Front ermögliche es, von innen zu sehen, ob bzw. welche Personen sich draußen vor der Halle aufhielten. Damit sei eine gewisse soziale Kontrolle möglich.

Herr Otte führt aus, dass ein Prallschutz in Glas zwar teurer sei als ein herkömmlicher Schallschutz, die Kosten aber nicht im 6stelligen Euro-Bereich liegen würden. Dieser Entwurf für eine Sporthalle zeichne sich durch die gestalterische Form aus. Wenn die Fassade (ca. 43 x 9 Meter) mit einer Mauer geschlossen werde, sei zu befürchten, dass an dieser Stelle ein Hinterhofcharakter entstehe.

Herr Otte berichtet weiterhin, dass die Verwaltung im ständigen Dialog mit Lehrerschaft und Elternvertretung stehe. Danach werde der Entwurf der Politik vorgelegt. Das Raumprogramm wurde vorher mit der Schulleitung festgelegt. Ein gewünschter Seminarraum wurde zu der Planung ergänzt.

Herr Große Ophoff bestätigt, dass beide Schulen gefragt wurden und die Ausstattung mit Seminarraum und Tribüne durchaus beachtlich sei. Weiterhin fragt er nach seiner Anfrage zur Teilnahme an der Planungsbesprechung, zu der er keine Rückmeldung erhalten habe.

Ein Schüler berichtet, dass man für das Duschen etwa 5 bis 10 Minuten benötige. Diese Zeit würde von der Pausenzeit der Schüler abgehen, so dass daher nicht immer geduscht werde.

Eine Bürgerin weist darauf hin, dass in der Sitzung des Bürgerforums vor ca. einem Jahr gesagt wurde, dass mehr Beteiligung und Transparenz ermöglicht werden sollen. Dies sei nicht geschehen. Stattdessen werde man nun vor vollendete Tatsachen gestellt.

Hierzu teilt Herr Rasche mit, dass im April diesen Jahres der Entwurf der Elternvertretung vorgestellt wurde und den Großteil der Anregungen umgesetzt wurde (siehe o. a. Stellungnahme der Verwaltung).

Herr Otte berichtet, dass eine öffentliche Beteiligung an der Jury nicht erfolgt sei, da in solchen Wettbewerben ein bestimmtes Verfahren vorgegeben sei.

Eine Bürgerin moniert, dass man auf die Meinung der Eltern und Schüler zu dem Entwurf hätte hören sollen.

Herr Große Ophoff berichtet, dass er auch dunkle Sporthallengebäude kenne. Mit dem Entwurf gebe es sehr viel Licht in den Räumen. Allerdings entstehe eine Art Schaufenster. Ein Teil der geplanten Glasfassade sollte auf jeden Fall durch eine Mauer ersetzt werden und im Eingangsbereich durch eine Sichtschutzfolie auf dem Glas ergänzt werden. Er betont nochmals, dass sich Mädchen sowie Schüler mit Migrationshintergrund durch dieses „Schaufenster“ beeinträchtigt fühlen würden. Diese Meinung sei in der Schule oft vorgetragen worden und sollte beachtet werden. Auch die Blendung durch eine Sonneneinstrahlung müsse berücksichtigt werden.

Eine Bürgerin plädiert ebenfalls dafür, den Einblick in die Halle zu verhindern. Sicherlich könne eine Mauer auch ästhetisch gestaltet werden, z. B. mit Spiegeln. Eine Glasfront sei sicher teurer als eine Mauer.

Ein Bürger hält den Entwurf für die Sporthalle als ästhetisch gelungen. Eine Blendung der Sportler durch Sonnenstrahlen müsse vermieden werden. Er plädiert für eine kostengünstige Lösung, z. B. Vorhänge oder Rollos, die nur bei Bedarf eingesetzt werden. Die Argumente der Schüler und Lehrer wie auch die Sichtweise der Verwaltung seien durchaus nachvollziehbar. Daher sollte nach einer unkomplizierten Lösung gesucht werden.

Eine Bürgerin fragt, ob die anderen Entwürfe für die Sporthalle eingesehen werden können und wer letztendlich die Entscheidung trifft. Es gebe offensichtlich viele verschiedene Meinungen.

Ein Sportlehrer des GSG meldet sich zu Wort. Er befürchtet, dass die Schüler abgelenkt sein würden, wenn sie sich beobachtet fühlten. Es gab ursprünglich vier Vorschläge, von denen zwei von den Lehrern befürwortet wurden. Nun habe man einen anderen Entwurf ausgewählt. Er hält es für unwahrscheinlich, dass mit einer geschlossenen Front ein Hinterhofcharakter entsteht.

Eine Bürgerin schlägt vor, die unteren zwei Drittel der Fassade blickdicht zu gestalten und im oberen Drittel das Glas beizubehalten.

Eine weitere Bürgerin spricht sich dafür aus, bei der Sporthalle der Funktion Vorrang vor dem Design einzuräumen. Die Kosten für eine Halle seien ohnehin sehr hoch. Man müsse davon ausgehen, dass Schüler, die eine Freistunde hätten, sich vor der Glaswand der Sporthalle aufhalten würden.

Eine Bürgerin berichtet, dass sie oft in der Straße entlang fährt, aber dort kaum Passanten sehe. Sie plädiere dafür, den Wünschen der Schüler nachzukommen und eine flexible, kostengünstige Lösung für einen Sichtschutz zu suchen, z. B. mit Jalousien, so dass jeder ihn nutzen könne, wie er es möchte.

Ein Bürger weist darauf hin, dass an den Tribünen eine Abtrennung zu den Hallen eingebaut werde. Daher sei es nicht nachvollziehbar, wenn eine Abtrennung bzw. ein Sichtschutz im unteren Bereich fehle.

Ein Bürger führt aus, dass Graffitis von Glas kostenaufwändiger als von einer Mauer zu entfernen seien. Auch Schäden am Glas würden teuer sein. Weiterhin wird die Energiebilanz angesprochen, wenn durch die Sonnenstrahlen das Gebäude aufgeheizt werde.

Herr Otte sagt zu, die Hinweise aufzunehmen und an die Politik weiterzugeben. Er hält sowohl die Funktion wie auch die Ästhetik für wichtig. In den Städten gebe es leider viele Gebäude, die unansehnlich seien. Daher dürfe die Gestaltung nicht außer Acht gelassen werden. Zur Einsicht in den Hallenbereich gibt er zu bedenken, dass die vielen Sportplätze, die im Sommer genutzt würden, auch nicht mit Mauern versehen seien. Ein Graffiti von Glas zu entfernen sei wesentlich weniger aufwändig als von einer Mauer. Viele Schulgebäude würden über Glaswände verfügen und es gebe keine großen Probleme mit Vandalismus.

Herr Otte führt aus, dass die Entscheidung von der Politik getroffen werde. In der Wettbewerbsjury waren Vertreter der Politik, der Verwaltung sowie der Architektenverbände vertreten.

Herr Rasche berichtet, dass Beispiele anderer Sporthallen gerne gezeigt werden können. Solche Bauwerke sollten auch eine gewisse Offenheit zeigen.

Eine Bürgerin fragt nach den Sitzplätzen der Tribüne.

Herr Rasche berichtet, dass 199 Plätze geschaffen werden, da ab einer Besucherzahl ab 200 weitere Auflagen zu erfüllen sind.

Eine Bürgerin vom TV Jahn fragt, ob der Rollsport weiterhin die Halle nutzen könne. Dafür sei ein spezieller Sportboden erforderlich. Nicht alle Übungen der Rollsportgruppen könnten in der Halle der Johannisschule durchgeführt werden. Sie führt aus, dass die Halle im Winter lange beleuchtet sei und die Mädchen sich nicht gerne beobachten ließen. Sie regt an, im

Erdgeschoss die Wand zu schließen und im oberen Bereich die Glasfassade zu belassen oder vor der Glasfassade Jalousien zu installieren.

Herr Rasche sagt zu, den Hinweis zum Sportboden aufzunehmen. Die Auswahl hierzu werde noch getroffen.

Ein Bürger erläutert, dass Osnabrück sich als Radfahrerstadt sehe. Es wäre nachteilig, wenn die Schüler statt mit dem Rad zu fahren mit dem Auto gebracht würden. Daher müsse eine sichere und überdachte Unterbringung der Räder gewährleistet werden.

Ein Bürger fragt, ob bei dem Bau Maßnahmen zum Klimaschutz umgesetzt werden können.

Herr Rasche berichtet, dass das Gebäude auf Passivhausniveau errichtet werde. Auf dem Dach werde eine Solaranlage installiert. Die Anlage eines Gründaches werde noch geprüft.

Herr Otte weist darauf hin, dass für den Bau ein bestimmtes Budget zur Verfügung stehe. Die Verwaltung versuche möglichst alle Wünsche zu berücksichtigen.

Herr Rasche bekräftigt, dass es sich hier um ein Budget speziell für den Neubau einer Sporthalle handele. Auch an anderen Schulen gebe es Bedarf für sichere Radabstellanlagen.

Ein Bürger fragt, ob auf dem Gelände weitere Pkw-Stellplätze nachzuweisen seien bzw. gebaut würden.

Dies wird von Herrn Otte verneint. Dafür sei kein Platz vorhanden.

Ein Schüler meldet sich zu Wort und erläutert, dass einige Pkw-Stellplätze durch Containerklassen blockiert werden. Der Schule fehlten Räume und es müsste angebaut werden.

Herr Rasche berichtet, dass hier und auch an anderen Schulen der Raumbedarf ermittelt werde. Insbesondere durch den Wechsel von G8 zu G9 ergebe sich weiterer Bedarf. Lt. Aussage des GSG sei der Raumbestand ausreichend und langfristig sollten die Container nicht mehr erforderlich sein.

Ein Schüler fragt, ob die Lehrer bzw. Schüler bei der Auswahl der Sportgeräte beteiligt werden.

Herr Rasche bestätigt, dass dies durch den Fachdienst Sport geschehen werde.

Eine Bürgerin fragt, ob eine Mauer kostengünstiger sei als eine Glasfront und dann evtl. Gelder für die Überdachung der Radabstellplätze übrig sein könnten. Für ein Kinderfahrrad müssten Eltern heutzutage ca. 500 Euro ausgeben, somit möchten sie auch sichere, überdachte Abstellplätze auf dem Schulgelände haben.

Ein Bürger führt aus, dass ca. 95 % der Schüler aus der direkten Umgebung kämen und animiert werden sollen, das Rad zu nutzen. Dazu würden auch komfortable und überdachte Radabstellanlagen gehören. Ein erster Entwurf der Halle sah Radbügel vor der Glasfront vor.

Auch Herr Große Ophoff plädiert für überdachte Radstellplätze, da die Räder bisher sicher im Keller der Schule abgestellt werden konnten. Solche Überdachungen sollten auch an anderen Schulen vorgesehen werden. Ihm seien auch Firmen bekannt, die bewusst solche Fahrradstellanlagen direkt vor dem Firmeneingang platziert hätten, um die Fahrradnutzung zu fördern.

Herr Keite bedankt sich für die intensive Diskussion und dankt auch den Schülern, die sich zu Wort gemeldet haben. Er sagt, dass die Verwaltung die Anregungen aufnehmen und die Politik entsprechend informieren werde.

Ein Bürger fragt nach dem Termin der Fertigstellung.

Herr Rasche berichtet, dass das Projekt im Frühjahr 2018 beginnen und im Herbst 2019 fertiggestellt sein soll.

Herr Große Ophoff merkt an, dass vor ca. einem Jahr im Bürgerforum noch eine Fertigstellung für ca. Ende 2018 angekündigt wurde. Dennoch dankt er dafür, dass dieses Projekt nun umgesetzt werde und damit eine Verbesserung erfolge.

Herr Rasche erläutert, dass die heute mitgeteilten Termine Teil des Vergabeverfahrens waren.

Herr Otte ergänzt, dass es bei solchen Projekten immer Verschiebungen im Terminplan geben könne. Die Verwaltung müsse zudem die Terminplanung für die verschiedenen Ausschüsse und Ratssitzungen beachten.

2 e) Fehlender Poller an der Zufahrt in den Schlossgarten von der Hans-Böckler-Straße und somit ungehinderte Zufahrt in den Schlossgarten

Herr Dorenkamp weist hin auf einen seit längerer Zeit fehlenden Poller und Fahrzeuge, die dann hindurchfahren und im Bereich des Schlossgartens parken.

Stellungnahme der Verwaltung: Die Poller wurden nachbestellt und der Osnabrücker ServiceBetrieb wartet auf die Lieferung (Stand 26. April). Sobald diese eintreffen, werden sie eingesetzt.

Ein Bürger berichtet, dass dies am gestrigen Tage geschehen sei. Kritisiert werde, dass die Erledigung mehrere Monate gedauert habe.

Herr Otte erläutert, dass in diesem Fall die Bearbeitung aufwändig war. Das Problem sei nicht ein fehlender Poller, sondern die Pkw-Fahrer, die bewusst falsch parken.

2 f) Bebauungsplan Nr. 492 - General-Martini-Kaserne:

- 1. Aktueller Stand des Bebauungsplans und der damit verbundenen Parksituation**
- 2. Ergebnis der durch die Verwaltung durchgeführten Verkehrserhebung**
- 3. Stand des Konzeptentwurfs für das 1. Quartal 2017**

Herr Schniedergers bittet um entsprechende Informationen.

Herr Otte erläutert, dass die Verwaltung vom Rat der Stadt Osnabrück beauftragt wurde, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für ca. 3.000 neue Wohneinheiten im Stadtgebiet zu schaffen, daher seien viele Flächen im Stadtgebiet in der Prüfung.

Herr Otte trägt die *Stellungnahme der Verwaltung* zu den drei Anfragen vor:

- 1) Die Verwaltung steht mit den öffentlichen Stellen im Umfeld der beiden Parkplätze in Kontakt, um die Thematik der Erreichbarkeit und des Parkraumbedarfs im Gesamtbereich zu diskutieren und für das Verfahren aufzubereiten. Da die noch offenen Ergebnisse ein wichtiger Baustein in der zu erarbeitenden Planung sein müssen, steht die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfs nach den §§ 3 (2) und die Beteiligung der Behörden und der Träger öffentlicher Belange nach 4 (2) Baugesetzbuch als nächster Verfahrensschritt noch aus.

- 2) Zur Feststellung des Parkdruckes im Bereich Johann-Domann-Straße und Umgebung (Landesbehörden, Schulen, etc.) hat die Verwaltung zwei Parkraumerhebungen (jeweils Donnerstag, den 25.08.2016 und 15.12.2016) auf den großflächigen Parkplätzen durchgeführt. Parkende Fahrzeuge im Straßenraum wurden hierbei nicht berücksichtigt.

Beiden Erhebungen ist gemein, dass der Parkdruck stark tageszeitenabhängig ist. Die höchste Auslastung ergibt sich jeweils zum Erhebungszeitpunkt um 10.00 Uhr morgens. Hier ist eine Vielzahl der vorhandenen Parkplätze komplett aus- bis teilweise überlastet. Am stärksten überlastet sind die Parkplätze des Straßenbauamtes (plus elf Fahrzeuge), der Stadtwerke (plus zehn Fahrzeuge) sowie entlang der Gottlieb-Planck-Straße (plus elf Fahrzeuge). Überlastet ist auch der östliche der beiden großen Parkplätze, bei denen eine neue Wohnbaufläche in Rede steht (89 plus acht Fahrzeuge). Der westliche Parkplatz ist zwar nicht überlastet, weist jedoch auch eine hohe Anzahl an parkenden Fahrzeugen auf (69 Fahrzeuge).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Parksituation lediglich um 10.00 Uhr morgens angespannt ist. Zu den restlichen Erhebungszeiten um 4.30 Uhr, 15.00 Uhr sowie 21.00 Uhr liegt kein nennenswerter Parkdruck vor.

Beim Vergleich der beiden Erhebungen fällt auf, dass die Auslastungen und absoluten Zahlen an geparkten Fahrzeugen im Winter höher sind als im Sommer. Dies ist auf die geringere Nutzung von Fahrrädern, Motorrädern, etc. zurückzuführen. Insgesamt parkten am 15.12.2016 87 Fahrzeuge mehr in den erhobenen Bereichen als am 25.08.2016. Auf den Parkplätzen im Bereich der Johann-Domann-Straße parkten am 15.12.2016 um 10.00 Uhr in Summe 658 Fahrzeuge.

- 3) Zu den Konzeptentwürfen der Verwaltung gibt es keinen neuen Sachstand. Zunächst müssen die grundsätzlichen o. g. Fragestellungen geklärt werden

Herr Otte berichtet weiterhin, dass die dort ansässigen Schulen bereits von der Verwaltung angesprochen wurden. Die Schüler, vor allem von den Berufsschulen, sollen animiert werden, den ÖPNV statt des eigenen Kfz zu nutzen oder Fahrgemeinschaften zu bilden, die über Internetportale einfach organisiert werden können. Weiterhin werde zusammen mit den Stadtwerken überlegt, ob die Takte der Busse angepasst werden können. Allerdings werde mit solchen Maßnahmen kein großer Rückgang der Kfz-Nutzung erwartet.

Ein Bürger berichtet, dass in der Johann-Domann-Straße (im Abschnitt mit der Rundung) ein Halteverbot eingerichtet werden sollte. Durch parkende Kfz an Straßenrand würde der Gegenverkehr über die Bürgersteige fahren. Mit einem Parkverbot würde man die Kfz gewissermaßen dazu auffordern, sich woanders einen Parkplatz zu suchen.

Herr Otte erläutert, dass damit nicht das eigentliche Problem gelöst werde, und zwar der Parkdruck in dem Gebiet.

Eine Bürgerin führt aus, dass alle Straßen zugeparkt seien, und zwar nicht nur von Schülern der angrenzenden Berufsschulen, sondern auch von Personen, die in den verschiedenen Einrichtungen etwas zu erledigen hätten. Sie habe beobachtet, dass an der Straße geparkt werde, obwohl die Parkplätze in der Nähe nicht völlig belegt seien. Offenbar sei es manchen Personen zu aufwändig, nur wenige Meter weit zu laufen. Ein Halteverbot an diesem Straßenabschnitt könne dort eine Entlastung sein.

Eine weitere Bürgerin berichtet, dass der Unterricht an den Berufsschulen mit ihren ca. 4.000 Schülern bis in die Abendstunden durchgeführt werde und weitere Busse für die Schüler kaum eine Lösung wären.

Herr Otte führt aus, dass keine zusätzlichen Schulbusse eingesetzt werden sollen, sondern geprüft werde, ob eine bessere Linienführung möglich sei. Weiterhin habe der Rat der Stadt die Verwaltung erneut beauftragt, ein Park & Ride-Konzept zu untersuchen. Dabei gebe es

zwei Zielgruppen. Zum einen Kfz, die am äußeren Rand des Stadtgebietes umsteigen können, z. B. in Oesede. Solche Projekte müssten mit den Nachbargemeinden abgestimmt werden. Eine weitere Gruppe seien die Kfz, die von den BAB in das Stadtgebiet abfahren. Für die BAB-Abfahrt Nahne/Iburger Straße könne z. B. der Parkplatz des ehemaligen Kinderhospitals in Frage kommen.

Eine Bürgerin fragt, ob die Busführung der Stadtteilbusses Berningshöhe vor dem Hintergrund des Parkdrucks nicht ausgeweitet werden solle.

Herr Otte erläutert, dass die meisten Besucher aus dem Landkreis kämen. Ein Umsteigen auf den ÖPNV müsse als Vorteil gesehen werden. Dafür seien ein bequemes Umsteigen und eine direkte Verbindung zum Zielort erforderlich. Für ein mehrfaches Umsteigen in verschiedene Buslinien würde die Akzeptanz fehlen.

Ein Bürger fragt nach dem weiteren Vorgehen.

Herr Otte berichtet, dass noch verschiedenen Untersuchungen durchgeführt werden müssen und dann eine Vorlage für den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt erstellt werde.

Eine Anwohnerin der Brinkstraße hält ein Parkverbot an Straßen für zwecklos. An der Brinkstraße werde sogar in zweiter Reihe geparkt. Schüler, die einmal in der Woche die Berufsschule besuchen und falsch parken, würden anstandslos ihr Knöllchen bezahlen.

Auf eine Nachfrage erläutert Herr Otte, dass es für eine Wohnbebauung noch keine konkreten Entwürfe gebe. Angedacht seien Bauten mit drei bis vier Geschossen. Allerdings müsse erst im Fachausschuss entschieden werden, ob die Planungen für die zwei B-Pläne in diesem Sinne weitergeführt würden.

Ein Bürger führt aus, dass der Pkw-Bestand immer mehr ansteige. Zwei bis drei Fahrzeuge pro Familie seien keine Seltenheit. Der Bedarf an Parkraum sei zweifellos vorhanden.

Ein weiterer Bürger bekräftigt, dass bereits jetzt alle Straßen zugeparkt seien und weitere Wohnungen auch weitere Kfz mit sich bringen würden.

Eine Bürgerin führt aus, dass jede Fläche nur einmal genutzt werden könne, ob zum Wohnen oder Parken oder als Grünflächen - der Boden sei nicht vermehrbar. Wenn man nun entscheiden müsse, ob Flächen für Wohngebäude oder für das Abstellen von Pkw genutzt werden sollen, dürfe dies eigentlich keine Frage mehr sein. Jeder müsse sich überlegen, in welchem Umfang er sein Fahrzeug nutzt, wenn überhaupt. Im Stau zu stehen, sei auch kein Vergnügen, so dass man über Alternativen nachdenken solle.

Eine weitere Bürgerin spricht das seit vielen Jahren vorhandene Parkproblem im ‚Mädchenviertel‘ und den umliegenden Straßen an, das im Bürgerforum mehrfach angesprochen wurde. Eine Lösung sei nicht in Sicht. Wenn zusätzliche Wohnungen entstehen würden, werde sich das Parkproblem noch verschlimmern.

Herr Otte führt aus, dass es sich hier um ein Gelände in zentraler Lage handelt. Für eine Wohnbebauung sei die gesamte Infrastruktur schon vorhanden, ob es die Versorgungsleitungen, der ÖPNV oder Einkaufsmöglichkeiten sind. Aus seiner Sicht seien diese Flächen zu wertvoll, um sie für das Parken von Kfz zu nutzen. Für Wohnbebauungen am Stadtrand „auf der grünen Wiese“ müsse die dazugehörige Infrastruktur erst neu geschaffen werden. Die Probleme des Verkehrs und der parkenden Kfz seien bekannt und es müsse weiter nach einer Lösung gesucht werden. Die Schaffung zusätzlicher Stellflächen im öffentlichen Raum sei aber auch keine Lösung. Wer über ein Grundstück verfüge und in der Familie drei Pkw habe, müsse dafür Sorge tragen, dass diese Fahrzeuge auf dem Grundstück selber abgestellt werden können.

Eine Bürgerin fragt, ob auf dem Gelände der Berufsschule ein Parkhaus errichtet werden könne.

Herr Otte führt aus, dass es sich um eine Einrichtung des Landkreises Osnabrück handle und die Verwaltung einen solchen Bau nicht fordern könne.

2 g) Baum- und Strauchrückschnitte (Abholzung) bis Ende Februar 2017 (z. B. Grünstreifen östlich Brinkstraße, Kinderspielplatz Lissy-Rieke-Straße)

Frau Gaede berichtet über Abholzungen im Bereich des Fuß- und Radweges und des Kinderspielplatzes und führt aus, dass eine großflächige Abholzung im gesamten Stadtbereich, ebenso wie im Landkreis sowie an Autobahnen und Landstraßen auffällig ist. Weiterhin wird gefragt, welches Personal diese Arbeiten ausführt und wie das anfallende Holz verwertet wird.

Herr Keite trägt die *Stellungnahme des Osnabrücker Servicebetriebes (OSB)* vor: Die im Bereich des Fuß- und Radweges zwischen Brink-, Anna-Gastvogel- und Mercatorstraße im Winter vom OSB durchgeführten Schnittmaßnahmen erfolgten im Rahmen fachlich notwendiger Pflegemaßnahmen. Auch Anlieger hatten bereits mehrfach auf die Notwendigkeit eines Rückschnittes hingewiesen, da die Gehölze bereits einen deutlichen Überhang sowohl zu den Privatgrundstücken als auch zum Weg hin aufwiesen. Die Arbeiten wurden unter Beachtung der gesetzlich vorgeschriebenen Zeiträume und Bestimmungen des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes ausgeführt. Grundsätzlich führt der OSB auf Flächen, die in seinen Verantwortungsbereich fallen, nur solche Arbeiten aus, die fachlich und unterhaltungstechnisch notwendig bzw. aus Gründen der Verkehrssicherheit unabdingbar sind. Flächen des Landkreises oder Flächen an Bundesautobahnen gehören nicht in den Zuständigkeitsbereich des OSB.

Die Antragstellerin bedauert den Rückschnitt. Sie bezweifelt, dass die Wege so zugewachsen waren, dass sie für die Fußgänger und Radfahrer ein Problem gewesen seien. Hier sei ein Stück Natur verschwunden.

Herr Donnermeyer berichtet, dass die Stadt Osnabrück die Verkehrssicherungspflicht für die öffentlichen Wege habe und die Anlieger sich beim OSB gemeldet hätten.

Eine Bürgerin beklagt, dass am Kinderspielplatz Obstbäume entfernt wurden. Zur Straßenseite hin biete sich das Bild eines Kahlschlags.

Eine Anwohnerin des Weges fragt nach einem Ansprechpartner für Pflegemaßnahmen.

Herr Donnermeyer teilt mit, dass man sich an den Grünservice des OSB wenden könne und zwar an Herrn Maag, Tel. 323-2498.

Auf eine Nachfrage zur Verwertung des Holzes und weiterer Grünabfälle berichtet Herr Donnermeyer, dass eine betriebsinterne Verwertung durch den OSB stattfindet. Auf dem Betriebsgelände an der Klöcknerstraße gibt es eine Holzhackschnitzelheizung, auf dem Gelände an der Hafeningstraße einen Biomassebrenner. Weiteres Material wird der Kompostierungsanlage auf dem Piesberg zugeführt.

4. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 3)

3 a) Wohnungseinbrüche - Sind Sie in Ihrem Stadtteil noch sicher?

siehe Seite 3 des Protokolls

5. Anregungen und Wünsche (TOP 4)

4 a) Abschaffung der Sondernutzungsgebühren für Straßenfeste

Ein Bürger fragt zum Tagesordnungspunkt 1d, wann die Satzungsänderungen in Kraft treten.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll: Nach dem Ratsbeschluss am 14.03.2017 wurden die Satzungen im Amtsblatt vom 31.03.2017 (Amtsblatt 2017, S. 11) veröffentlicht und traten am Tag danach in Kraft.

4 b) Straßenreinigung Irmgard-Kestner-Straße

Ein Bürger berichtet, dass seit einigen Monaten in der Irmgard-Kestner-Straße die Kehrmaschine für die Straßenreinigung im Einsatz ist. Jahrelang wurde in der Straße gar nicht gekehrt. Der Straßenrand sei ständig zugeparkt. Daher sei ein Kehreinsatz nicht sinnvoll oder allenfalls alle vier Wochen.

Herr Donnermeyer berichtet, dass zum Jahr 2016 neue Reinigungsklassen eingeführt wurden. In einigen Straßen wurde von der wöchentlichen auf die 14-tägliche Reinigung umgestellt. Einige Straßen wurden neu an die Straßenreinigung angeschlossen.

Eine Anwohnerin der Lissy-Rieke-Straße berichtet, dass dort die Situation ähnlich sei. Die Kehrmaschine würde dann an den parkenden Kfz vorbeifahren. Sie regt an, dort Schilder aufzustellen mit einem zeitlich befristeten Parkverbot, z. B. „Mo 7-11 Uhr“. Schließlich müssten die Anlieger für die Straßenreinigung Gebühren zahlen.

Herr Otte hält dies zwar für möglich, aber eher unrealistisch, dass es in der Praxis funktionieren würde.

4 c) Parkprobleme in der vorderen Wüste

Frau Hamburger dos Reis trägt die Anregung einer Anwohnerin des Stadtteils Wüste vor. Der Parkdruck an der vorderen Heinrichstraße in Richtung Martinstraße sei enorm. Nach 19 Uhr gelte das Bewohnerparken nicht mehr und Besucher der OsnabrückHalle würden dort parken. Das OS Team werde gebeten, dort zu kontrollieren.

Herr Otte berichtet, dass die Auslastung dort sehr unterschiedlich sei. Den Kommunen sei es nicht möglich, ein 24-Stunden-Bewohnerparken anzuordnen. Ein bestimmter Zeitraum müsse freigehalten werden. Ihm sei bekannt, dass Nutzer und Besucher der Schlosswallhalle in den umliegenden Straßen parken. An der Sporthalle gebe es einen Parkplatz, der aber gebührenpflichtig sei.

4 d) Parkprobleme Kurze Straße

Eine Bürgerin berichtet, dass in der Straße Bewohnerparken eingerichtet wurde und abends ab ca. 17 Uhr die Straße vollgeparkt sei. Veranstaltungen der OsnabrückHalle würden sich dort bemerkbar machen. Ihre Besucher mit kleinen Kindern hätten keine Möglichkeit, in der Straße zu parken.

Herr Otte berichtet, dass bei der Einführung des Bewohnerparkens ausführlich diskutiert wurde, wie lange man als Besucher mit Parkscheibe parken könne. Man habe sich auf eine Zeitdauer von drei Stunden geeinigt. Ein Angebot von Einzeltickets o.ä. sei nicht möglich. Bewohnerparkausweise dürfen nur an die Anwohner ausgegeben werden.

Eine Bürgerin bestätigt die angespannte Parksituation, die es auch in der Kokschen Straße gebe. Viele Studenten würden in diesen Straßen wohnen, die alle Autos hätten.

Herr Otte bekräftigt, dass jeder einzelne Anwohner ein Anrecht auf einen Parkausweis habe.

4 e) Aufstellen von Pollern zur Verhinderung des Befahrens der Bürgersteige durch Kfz

Eine Bürgerin berichtet, dass es am Bergerskamp / Einmündung in das untere Ende der Brinkstraße hinter den drei Reihenhäusern nur ein kleines Eckstück Bürgersteig gebe. Dort fahren Kfz aus dem Bergerskamp zum einen sehr schnell in die Brinkstraße hinein und zum anderen immer wieder über den Bürgersteig. Am benachbarten Melanchthonweg gebe es gar keinen Bürgersteig. Sie bittet die Verwaltung zu prüfen, ob an der Ecke mit dem Bürgersteig Poller auf dem Weg aufgestellt werden können.

4 f) Fahrraddurchfahrt von der Heinrichstraße zur Martinstraße in Höhe Arndtplatz

Ein Bürger spricht die südliche Freifläche am Arndtplatz an. Aus der Heinrichstraße kommend in Richtung Martinstraße wurden in Höhe der Apotheke an dem Durchlass für Radfahrer/Fußgänger Fahrradbügel installiert. Der Durchgang sei nun relativ eng, insbesondere für Radfahrer.

Herr Otte berichtet, dass diese Fahrradbügel die Durchfahrt von Pkw über den Gehweg zum Fußgängerüberweg an der Martinstraße verhindern sollen. Dort hätten auch weitere Poller aufgestellt werden können. Fahrradbügel seien aber sinnvoller und sie würden gut angenommen. Eine Durchfahrt mit dem Rad sei weiterhin möglich. Herr Otte sagt zu, sich die Situation anzuschauen.

4 g) Bergerskamp und Brinkstraße - Missachtung Tempo 30

Eine Bürgerin berichtet, dass in der Brinkstraße und im Bergerskamp zu schnell gefahren und die 30-Höchstgeschwindigkeit missachtet werde. Eine der Aufpflasterungen wies Schäden auf, die repariert wurden, was nun dazu führe, dass die Pkw wieder schneller fahren. In der Brinkstraße sei der „Walking-Bus“ der Grundschüler unterwegs, so dass morgens die Situation gefährlich sei, weil in der Straße zu schnell gefahren werde. Daher bittet sie darum, die Markierung für das 30-Piktogramm am Bergerskamp zu erneuern.

4 h) Behindererparkplätze

Eine Bürgerin berichtet, dass während der Maiwoche einige der Behindertenparkplätze in der Lortzingstraße zwischen Krahnstraße und Theater nicht genutzt werden konnten, da aufgrund der Sperrungen die Straßenführung geändert wurde. Sie bittet darum, in solchen Fällen Ersatz-Behindertenparkplätze auszuweisen, da der betroffene Personenkreis auf diese Parkplätze angewiesen sei.

Herr Keite bekräftigt, dass solche Stellflächen wichtig seien für die Betroffenen.

Herr Otte führt aus, dass das diesjährige Sicherheitskonzept für die Maiwoche eine ganztägige Sperrung im Abschnitt Hasestraße/Ecke Lortzingstraße vorgesehen habe und auf der Straße Betonbarrieren aufgestellt wurden.

Herr Keite dankt den Besucherinnen und Besuchern des Bürgerforums Kalkhügel, Wüste für die rege Beteiligung und den Vertretern der Verwaltung für die Berichterstattung.

Die nächste Sitzung dieses Bürgerforums findet statt am Mittwoch, 8. November 2017, 19.30 Uhr, Gymnasium In der Wüste (Aula), Kromschröderstraße 33.

gez. Hoffmann
Protokollführerin

Anlage: Bericht aus der letzten Sitzung (zu TOP 1)

Bericht aus der letzten Sitzung		TOP 1
Bürgerforum	Sitzungstermin	
Kalkhügel, Wüste	Mittwoch, 10.05.2017	

Die letzte Sitzung des Bürgerforums Kalkhügel, Wüste fand statt am 2. November 2016. Die Verwaltung teilt zu den Anfragen und Anregungen Folgendes mit:

- a) Feldstraße: Verunreinigungen im Umfeld der Ruhebänke** (TOP 2e aus der letzten Sitzung)
- Die ungenehmigte Lagernutzung wurde von der Verwaltung im Januar diesen Jahres aufgegriffen und im Folgenden bauaufsichtlich begleitet.
Sollte die Räumung der Flächen nicht erfolgen, werden darüber hinaus bauordnungsrechtliche Schritte eingeleitet. Zur Kontrolle erfolgt Mitte Mai ein Ortstermin.
- b) Sanierung der Elisabeth-Siegel-Schule/Abendgymnasium** (TOP 2c aus der letzten Sitzung)
- siehe Seite 3 des Protokolls*
- c) Geschwindigkeitsüberschreitungen in der Hiärm-Grupe-Straße / Einbau von „Berliner Kissen“** (TOP 2f aus der letzten Sitzung)
- In der letzten Sitzung war über die Missachtung der Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h berichtet worden und u. a. der Einbau von Berliner Kissen vorgeschlagen worden.
- Stellungnahme der Verwaltung:
- In der Hiärm-Grupe-Straße sind am 13./14.12.2016 Messungen mit dem Seitenradar-messgerät durchgeführt worden. Demnach befuhren die Straße ca. 3.600 Kfz/Tag, die sogenannte v85-Geschwindigkeit (das ist die Geschwindigkeit, die von 85% der gemessenen Fahrzeuge unterschritten wird) betrug 41 km/h. Die Ergebnisse sind im Rahmen der Verkehrsrunde mit Vertretern der zu beteiligenden Dienststellen erörtert worden.
- In der Hiärm-Grupe-Straße sind bereits heute Einengungen sowie eine Rechts-vor-Links-Regelung vorhanden, weitere bauliche Maßnahmen wurden nicht empfohlen. Es soll für einen begrenzten Zeitraum jedoch das Mobile Dialogdisplay zum Einsatz kommen, um die geltende Höchstgeschwindigkeit noch einmal zu verdeutlichen.
- d) Änderung der Sondernutzungssatzung und der Sondernutzungsgebührenordnung der Stadt Osnabrück / Abschaffung der Sondernutzungsgebühren für Straßenfeste** (TOP 2g aus der letzten Sitzung)
- Der Rat der Stadt Osnabrück hat in seiner Sitzung am 14.03.2017 beschlossen, dass die Sondernutzungssatzung und die Sondernutzungsgebührenordnung so geändert werden soll, dass zukünftig keine Sondernutzungsgebühren mehr erhoben werden, wenn eine Veranstaltung **ehrenamtlich organisiert** wird. Das trifft vorwiegend bei Straßen- und Nachbarschaftsfesten zu.